

Beiträge zur Sozialen Arbeit an Schulen

Nicole Pötter *Hrsg.*

# Schulsozialarbeit am Übergang Schule - Beruf

 Springer VS

---

# **Beiträge zur Sozialen Arbeit an Schulen**

Band 3

**Herausgegeben von**

A. Spies, Oldenburg, Deutschland

N. Pötter, München, Deutschland

Mit der Reihe „Beiträge zur Sozialen Arbeit an Schulen“ wollen die Herausgeberinnen den Diskurs bündeln und fachlich wie sachlich klärend vertiefen, damit sowohl die wissenschaftliche Aufarbeitung wie auch der Auseinandersetzungsbedarf der aktuellen und der künftigen Praxis systematischer bedient werden können.

Die „Beiträge zur Sozialen Arbeit an Schulen“ tragen zur weiteren theoretischen Fundierung und zur Verortung im internationalen Diskurs bei, bereiten angehende PraktikerInnen auf ein anspruchsvolles und facettenreiches Handlungsfeld und die sozialisatorische und bildungsstrategische (Management)Rolle von Schulsozialarbeit für die Alltags- und Lebensbewältigung von Mädchen und Jungen vor, bilden aber auch die in diesem Kontext unerlässliche interdisziplinären Verbindungen zu den benachbarten „Kooperationsdisziplinen“ ebenso wie den empirischen Forschungsstand ab und orientieren sich dabei jeweils an den drei zentralen Ebenen der intersektionalen Perspektive (gender, race, class).

**Herausgegeben von**

Anke Spies

Institut für Pädagogik Carl von Ossietzky

Universität Oldenburg

Deutschland

Nicole Pötter

Fakultät für angewandte Sozialwissenschaften

Hochschule für angewandte Wissenschaften

München, Deutschland

---

Nicole Pötter (Hrsg.)

# Schulsozialarbeit am Übergang Schule – Beruf

 Springer VS

*Herausgeber*

Prof. Dr. Nicole Pötter  
Hochschule für angewandte Wissenschaften  
München, Deutschland

ISBN 978-3-531-18458-6

ISBN 978-3-531-19060-0 (eBook)

DOI 10.1007/978-3-531-19060-0

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Springer VS

© Springer Fachmedien Wiesbaden 2014

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung, die nicht ausdrücklich vom Urheberrechtsgesetz zugelassen ist, bedarf der vorherigen Zustimmung des Verlags. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Bearbeitungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Die Wiedergabe von Gebrauchsnamen, Handelsnamen, Warenbezeichnungen usw. in diesem Werk berechtigt auch ohne besondere Kennzeichnung nicht zu der Annahme, dass solche Namen im Sinne der Warenzeichen- und Markenschutz-Gesetzgebung als frei zu betrachten wären und daher von jedermann benutzt werden dürften.

*Lektorat:* Stefanie Laux, Monika Kabas, Vivien Bender

Gedruckt auf säurefreiem und chlorfrei gebleichtem Papier

Springer VS ist eine Marke von Springer DE. Springer DE ist Teil der Fachverlagsgruppe Springer Science+Business Media.  
[www.springer-vs.de](http://www.springer-vs.de)

---

# Inhalt

|   |     |
|---|-----|
| <i>Nicole Pötter</i>  |     |
| 1 Reformen des Übergangs von der Schule in den Beruf –<br>neue Herausforderungen für die Schulsozialarbeit . . . . .                    | 7   |
| <i>Nicole Pötter</i>  |     |
| 2 Aufgaben der Schulsozialarbeit am Übergang<br>von der Schule in den Beruf . . . . .   | 21  |
| <i>Susanne Kretschmer &amp; Sylvia Kestner</i>  |     |
| 3 Finanzierung von Angeboten im Bereich ‚Übergang Schule – Beruf‘ . . . .   | 43  |
| <i>Wilfried Kruse</i>   |     |
| 4 Kommunale Koordinierung im Übergang in die Arbeitswelt:<br>die Schule als Partnerin . . . . .   | 61  |
| <i>Herbert Schubert</i>   |     |
| 5 Qualifizierung für die Netzwerkkoordination –<br>am Beispiel der „Netzwerkstellen gegen Schulversagen“<br>in Sachsen-Anhalt . . . . . | 79  |
| <i>Bert Butz &amp; Sven Deeken</i>  |     |
| 6 Subjektbezogene Berufsorientierung –<br>Individueller Lernprozess und kooperative Aufgabe . . . . .                                   | 97  |
| <i>Ruth Enggruber</i>   |     |
| 7 Lebensweltorientierte Schulsozialarbeit<br>an berufsbildenden Schulen – konzeptionelle Grundlagen . . . . .                           | 115 |

---

|  |  |
|--|--|
| <i>Dan Pascal Goldmann &amp; Heiner Brülle</i> |  |
| 8  | Schulsozialarbeit im Übergang Schule – Beruf:<br>Jugendhilfe zur Kompensation<br>herkunftsbedingter Bildungsbenachteiligung . . . . . 131                              |
| <i>Thomas Pudelko</i>                          |  |
| 9  | Soziale Arbeit an Sekundarschulen in Berlin . . . . . 153  |
| <i>Kirsten Kuhn</i>                            |  |
| 10   | <i>Schule XXL</i> – Ein Projekt zur vertieften Berufsorientierung<br>und Prävention von Schulmüdigkeit . . . . . 169   |
| <i>Simone Baum &amp; Bianca Wagner</i>         |  |
| 11   | Kooperation mit Eltern am Übergang Schule – Beruf.<br>Erfahrungen der Schulsozialarbeit und Ergebnisse<br>des Modellprojektes „Gemeinsam in die Zukunft“ . . . . . 187 |
| Autorenverzeichnis . . . . . 209               |  |

---

# Reformen des Übergangs von der Schule in den Beruf – neue Herausforderungen für die Schulsozialarbeit

# 1

Nicole Pötter

Zwar ist dieser Sammelband kein Lehrbuch, doch findet die Leserin und der Leser in diesem Buch eine Reihe von grundlegenden Aufsätzen sowie Beschreibungen von Good-Practice-Beispielen, die jenen einen guten einführenden Überblick bieten, die mit dem Aufgabenfeld am Übergang von der Schule in den Beruf noch gar nicht vertraut sind, die aber auch jenen Fachkräften, die schon seit vielen Jahren im Aufgabenfeld tätig sind, einen aktuellen Stand, insbesondere über die gegenwärtigen Veränderungen und neuen Herausforderungen in diesem Bereich der Schulsozialarbeit, geben.

Lange Zeit war Schulsozialarbeit eher ein Randakteur im Übergang Schule – Beruf. Die Jugendsozialarbeit konzentrierte sich mit ihren Aktivitäten und Konzepten auf die Maßnahmen nach der Schulzeit und auf die fachliche Frage, ob die Jugendsozialarbeit nun stärker arbeitswelt- oder lebensweltorientierte Angebote entwickeln und anbieten sollte. Fachpolitisch standen vor allem Forderungen nach einer ausreichenden Zahl an Ausbildungsplätzen und eine hinreichende Finanzierung der Jugendsozialarbeits- und Jugendberufshilfemaßnahmen im Zentrum.

Aber seit ungefähr zehn Jahren wird zunehmend über notwendige Reformen am Übergang von der Schule in den Beruf diskutiert, und auch durch die Bildungsdiskurse im Anschluss an die OECD Studien begünstigt, gerät nicht nur das ‚Übergangssystem‘<sup>1</sup> selbst in die Kritik, sondern auch der späte Beginn der beruflichen Orientierung und Vorbereitung. So setzen die Angebote der Jugendsozialarbeit zunehmend früher an und die Kooperation mit den Schulen gerät ver-

---

1 Die Bezeichnung ‚Übergangssystem‘ ist, wie die meisten Fachleute immer wieder betonen, eigentlich irreführend, denn diese Bezeichnung suggeriert, dass der Übergang systematisch entwickelt wurde, obwohl die Angebote tatsächlich gewachsen sind, ohne systematischen Überlegungen zu folgen (vgl. BIBB & Bertelsmann Stiftung 2011).

stärkt in den Blick der Fachdiskurse. Schulsozialarbeit wird dabei gerne als die „engste Form der Kooperation von Jugendhilfe und Schule“ (vgl. [www.schulsozialarbeit.net](http://www.schulsozialarbeit.net) (letzter Zugriff: 25.03.2013)) beschrieben und soll daher Ansatzpunkte bieten, wie die veränderte Aufgabenstellung erfolgreich bewältigt werden könnte.

Die Forderung nach einer Reform des Übergangs von der Schule in den Beruf wurde zum einen mit der entstandenen Unübersichtlichkeit der Maßnahmen und Angebote begründet. Das „Gutachten zur Systematisierung der Fördersysteme, -instrumente und -maßnahmen in der beruflichen Benachteiligtenförderung“ (Kretschmer & Amann 2009) dokumentiert eindrucksvoll, was Fachleute seit Jahren im Bereich der Jugendsozialarbeit und Jugendberufshilfe beklagt haben: die Vielfalt an Maßnahmen, die Zersplitterung der Angebote, die Unübersichtlichkeit der Finanzierungen. Das Gutachten zeigt sozusagen das Unsystematische am ‚Übergangssystem‘ auf. Dieses aus heutiger Sicht vor allem als ineffizient beklagte System ist nur nachvollziehbar, wenn man die historische Entwicklung des Arbeitsfelds und die geteilte Verantwortung zwischen den Jugend-, Arbeits-, Sozial- und Bildungsressorts in Rechnung stellt (vgl. Pötter 2004, 2009).<sup>2</sup>

Zum anderen sah man sich angesichts des demografischen Wandels einer neuen Herausforderung gegenübergestellt: statt zu weniger Ausbildungsplätze wird es in Zukunft zu wenige Ausbildungsplatzbewerberinnen und -bewerber geben. Die leistungsstarken Jugendlichen werden verstärkt umworben und durch kürzere Schul- und Studienzeiten erhofft man sich positive Effekte für die (zumindest kurzfristige) Fachkräftesicherung. Gleichzeitig wird darüber nachgedacht wie auch leistungsschwächere Jugendliche noch in den Ausbildungs- und Arbeitsmarkt integriert werden können.

Alles zusammen genommen führte zu einer Vielzahl von Stimmen, die Reformen am Übergang von der Schule in die Arbeitswelt fordern, z. B. der Deutsche Verein für öffentliche und private Fürsorge (DV 2007 und 2009), die Weinheimer Initiative (2007), das Deutsche Jugendinstitut und die Bertelsmann Stiftung (2008). Während die Weinheimer Initiative und der Deutsche Verein für öffentliche und private Fürsorge vor allem auf eine „Kommunale Koordinierung“ oder

---

2 Diese Vielzahl an Finanzierungsquellen hatte nicht nur Nachteile, denn viele sozialpädagogischen Erneuerungen in der Arbeit mit sozial benachteiligten Jugendlichen wären nicht denkbar gewesen, wenn z. B. nur das Arbeitsministerium für das Feld verantwortlich gewesen wäre. Umgekehrt wären niemals so viele Mittel in diesen Aufgabenbereich geflossen, wenn nur das Jugendministerium zuständig gewesen wäre. Die Förderprogramme von Bund und Ländern haben oft Perspektiven für Angebote an die Jugendlichen eröffnet, die allein von den Kommunen nicht finanzierbar gewesen wären oder doch zumindest nur in sehr wenigen Kommunen. Gleichzeitig hat die Anbindung des SGB VIII (Kinder- und Jugendhilfegesetz) an die Verantwortung der Kommunen regionale, zum Teil Nischen-Lösungen ermöglicht, die bei einer reinen Finanzierung über landesweite Programme so gar nicht denkbar gewesen wären.

**Tabelle 1** Stellungnahmen, Initiativen und Programme zur Reform des Übergangssystems

| Datum                  | Titel  | Verfasser   |
|------------------------|--|---|
| Mai 2007               | Stellungnahmen „Lokale Verantwortung für Bildung und Ausbildung. Eine öffentliche Erklärung“   | Weinheimer Initiative   |
| Juni 2007              | „Diskussionspapier des Deutschen Vereins zum Aufbau Kommunalen Bildungslandschaften“   | Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge (DV)                                    |
| 2008                   | Gutachten „Leitfaden lokales Übergangsmanagement“  | Deutsches Jugendinstitut (DJI) im Auftrag der Bertelsmann Stiftung                            |
| seit 2008 (endet 2013) | Initiative „Regionales Übergangsmanagement“ im Rahmen des Programms „Perspektive Berufsabschluss“  | Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF)  |
| 2009                   | „Gutachten zur Systematisierung der Fördersysteme, -instrumente und -maßnahmen in der beruflichen Benachteiligtenförderung“                                | BBJ im Auftrag des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF)                        |
| November 2009          | „Empfehlungen des Deutschen Vereins zur Weiterentwicklung Kommunalen Bildungslandschaften“   | Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge (DV)                                    |
| Dezember 2009          | Stellungnahme „Übergänge in Ausbildung und Arbeit“   | Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe (AGJ)   |
| seit September 2010    | Initiative „Abschluss und Anschluss – Bildungsketten bis zum Ausbildungsabschluss“   | BMBF in Zusammenarbeit mit den Bundesländern  |
| Oktober 2010           | „Ausbildungspakt mit neuer Schwerpunktsetzung“   | Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) in Zusammenarbeit mit der Agentur für Arbeit |
| Oktober 2010           | Positionspapier „Weniger ist Mehr – Jugendliche im Übergang zwischen Schule und Beruf“   | Deutscher Gewerkschaftsbund (DGB)   |
| Dezember 2010          | Stellungnahme „Chancen für junge Menschen beim Übergang von Schule zu Beruf verbessern – Schnittstellenprobleme zwischen SGB II, III und VIII beheben!“    | Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe (AGJ)   |
| Januar 2011            | Wissenschaftliches Diskussionspapier „Reform des Übergangs von der Schule in die Berufsausbildung“*  | Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB) in Zusammenarbeit mit der Bertelsmann Stiftung        |
| Juni 2011              | Leitlinien zur Verbesserung des Übergangs Schule – Beruf   | Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB)   |
| September 2011         | Gutachten „Schulbezogene Unterstützungsnetzwerke – Gestaltungsansätze der Jugendhilfe zur Bildungsförderung armer Jugendlicher im Übergang Schule – Beruf“ | Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik (ISS)   |
| September 2011         | Stellungnahme „Kriterien und Empfehlungen zur Entwicklung eines kohärenten Fördersystems“  | Kooperationsverbund Jugendsozialarbeit  |
| Dezember 2011          | Ressort AG Übergang Schule – Beruf   | Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS)  |
| 2012                   | Initiative „Übergänge mit System – Fünf Forderungen für die Neuordnung der Übergangs von der Schule in den Beruf“  | Bertelsmann Stiftung/14 Bundesländer/Agentur für Arbeit                                       |

\* Empfehlungen des Hauptausschusses des Bundesinstituts für Berufsbildung

ein „regionales Übergangsmanagement“ setzen, um die Vielzahl der Angebote vor Ort zu bündeln und gegebenenfalls sogar zu entwirren, setzt die Bertelsmann Stiftung auf ein „Übergang mit System“ (2010), welches eine deutliche Reduzierung des Angebotskanons vorsieht (s. Tabelle 1).

Die von der Weinheimer Initiative angestrebte „kommunale Koordinierung“ (Weinheimer Initiative 2007) hat den Vorteil, dass hierfür keine langwierigen und möglicherweise in Bezug auf die föderale Struktur unrealistischen Strukturformen notwendig sind. Zudem können die regionalen Besonderheiten weiterhin berücksichtigt werden. Ihr Vorzug ist gleichzeitig ein Nachteil der Initiative, denn die grundlegenden (Finanzierungs-)Strukturen werden durch die kommunale Koordinierung nicht angetastet und die Verantwortlichen vor Ort müssen viel Energie und Kraft in die Optimierung des Angebots stecken, zumal die Programme oft sehr kurzfristig umgesetzt werden sollen und die Dauer den Zeitraum von ein ein halb bis drei Jahren selten überschreiten. Dementsprechend funktioniert die kommunale Koordinierung vor allem dort, wo dies grundsätzlich durch die Landesebene unterstützt wird (Weinheimer Initiative 2011).

Die bekannteste und wohl mit den meisten Fördergeldern ausgestattete Initiative „Abschluss und Anschluss – Bildungsketten bis zum Ausbildungsabschluss“ „verfolgt das Ziel, den Übergang der Jugendlichen von der Schule in die Berufsausbildung zu verbessern. Konkret verzahnt die Initiative neue Förderinstrumente mit bereits bestehenden Förderprogrammen von Bund und Ländern und integriert diese im Übergang von der Schule in die duale Berufsausbildung“ (BMBF 2010). Das Programm des Bundesministeriums für Bildung und Forschung fördert Potenzialanalysen, Berufsorientierung und Berufseinstiegsbegleiter und setzt somit sowohl auf präventive als auch auf – für eine spezielle Gruppe von Schülerinnen und Schülern – nachsorgende Angebote. Damit werden zum einen Versorgungslücken im bisherigen ‚Übergangssystem‘ geschlossen und zum anderen verstärkt darauf hingewirkt, dass Maßnahmen und Angebote der unterschiedlichen Akteure aufeinander abgestimmt werden. Dennoch bleiben dem Programm durch die Zuständigkeit der Länder für den Bereich der allgemeinbildenden Schulen enge Grenzen gesetzt.

Die Initiative der Bertelsmann Stiftung „Übergänge mit System“ zielt hingegen von Beginn an auf die Landesebene und hat inzwischen 14 der 16 Bundesländer (Stand März 2013) dazu bewegen können, sich der Initiative anzuschließen. Die Länder verpflichten sich im Sinne eines von der Bertelsmann Stiftung entwickelten Konzepts, die Übergänge zu vereinfachen und die Maßnahmen im Übergangssystem insgesamt zu reduzieren. Gleichzeitig soll es für Jugendliche, die als „ausbildungsreif“ gelten, eine Ausbildungsplatzgarantie geben, mit der Präferenz auf Ausbildungsplätze im dualen Ausbildungssystem, aber ergänzt durch außerbetriebliche Ausbildungsplätze. Eine nicht unwesentliche Forderung ist darüber

hinaus, dass die Durchlässigkeit des Systems gewährleistet wird, sowie dass alles was ein Jugendlicher auf seinem Weg zum Ausbildungsabschluss macht auch als (Teil-)Qualifikation anerkannt wird.

So bestechend die Einfachheit des „Übergangs mit System“ auf den ersten Blick ist, so fraglich ist gleichzeitig, ob diese Einfachheit tatsächlich erreicht werden kann – denn der Bund wird im Zuge seiner Kompetenzen nicht darauf verzichten, immer wieder auch Akzente durch eigenen Programme etc. zu setzen und Innovationen anzustoßen.

Das Bundesinstitut für Berufsbildung hat 2011 zusammen mit der Bertelsmann Stiftung ein wissenschaftliches Diskussionspapier vorgelegt, in dem die Ergebnisse eines Expertenmonitors vorgestellt wurden. Experten und Jugendliche wurden danach gefragt, welche der 18 Vorschläge, die aus den unterschiedlichen Programmen und Initiativen als die häufigsten abstrahiert wurden, sie für wünschenswert und in den nächsten fünf Jahren auch für umsetzbar hielten.

Dem Vorschlag einer „kommunalen Koordinierung“ wurde von 69 % der Experten als wünschenswert zugestimmt (Autorengruppe BIBB/Bertelsmann 2011, 21). Unter den Experten kam dieser Vorschlag damit nicht einmal in die Top 5 (ebenda 29). Bei den befragten Jugendlichen zählt dieser Vorschlag jedoch zu den fünf wünschenswertesten aus den 18 abgefragten Reformvorschlägen. Die niedrigste Zustimmungsrage erhielt dieser Vorschlag von Seiten der Vertreterinnen und Vertreter der Betriebe. Dies lässt sich als Hemmnis deuteten (ebenda 30), da bei einer regionalen Koordinierung des Übergangs von der Schule in die Arbeitswelt die Einbeziehung der Betriebe besondere Bedeutung hat. Andererseits kann man auch davon ausgehen, dass mit abnehmenden Ausbildungsplatzbewerberzahlen, die Bereitschaft der Betriebe steigen wird, sich an solchen Netzwerken zu beteiligen (vgl. Brülle et al. 2012). Ich vermute, dass die Einschätzungen der Betriebe unter einander stark divergieren<sup>3</sup>: größere Unternehmen, die mehr Mittel für die Personalgewinnung haben und die verringerten Bewerberzahlen meist noch nicht so deutlich spüren wie die kleinen und mittelständischen Betriebe, tendieren oft dazu eigene Strategien zu fahren, die zugleich werbewirksam für ihr Unternehmen sind. Kleine und mittlere Betriebe sind hingegen offen für unterstützende Koordinierungsangebote, auch wenn sie gleichzeitig durch die Vernetzungsarbeit entstehende personelle Einbindungen scheuen. Eine Fixierung auf die Beteiligung der Betriebe, wie sie mancherorts geschieht, nach dem Motto, wenn die Betriebe nicht mitmachen, dann brauchen wir die ganze Koordinierungsarbeit nicht zu leisten, halte ich für bedenklich. Selbst ohne Beteiligung der Betriebe

---

3 Aus dem Diskussionspapier kann man diesbezüglich leider keine Rückschlüsse ziehen.

kann eine bessere Abstimmung zu Erfolgen führen – und diese können wiederum überzeugende Argumente für die Betriebe liefern, sich zu beteiligen.

Die Reduktion der Angebotsvielfalt, wie sie insbesondere von der Bertelsmann Stiftung vorgeschlagen wurde, wurde von 85 % der Experten als wünschenswert betrachtet und erreichte damit bei diesen den vierten Rang unter den 18 Vorschlägen. Interessanter Weise wurde dies von den befragten Jugendlichen ganz anders bewertet. Sie sahen dies nur zu 58 % als wünschenswert an, wodurch dieser Vorschlag zu den drei am schlechtesten bewerteten Vorschläge von Seiten der Jugendlichen zählt. Wie die Autorengruppe kommentiert, halten die Jugendlichen es offensichtlich durchaus für wünschenswert eine große Wahlfreiheit bei den Angeboten im Übergangssystem zu haben (vgl. Autorengruppe BIBB/Bertelsmann 2011, 33).

Und bei aller Klage über die Unübersichtlichkeit der bisherigen Maßnahmen stellt sich eben auch die Frage, ob sich hierin nicht auch die individuellen Bedarfe und Lebenslagen der Jugendlichen spiegeln. Wichtiger als eine verordnete Reduktion der Angebote erscheint mir, die Transparenz zu erhöhen. So ließen sich gemeinsame Kriterien und vergleichende Darstellungsweisen erarbeiten, die sowohl den Experten als auch den Jugendlichen eine bessere Einschätzung ermöglichen, was das Angebote beinhaltet und welche Ziele damit angestrebt werden. Darüber hinaus kann und sollte stärker überprüft werden, in wieweit die Ziele der Maßnahmen auch erreicht wurden<sup>4</sup>.

Die Vorschläge einer durchgängigen Potenzialanalyse und einer individuellen Übergangsbegleitung für gefährdete Jugendliche wurde sowohl von den Experten (92 %; Platz 1) als auch von den Jugendlichen (83 %; Platz 2) als besonders wünschenswert eingeschätzt. Das Bundesprogramm des BMBF finanziert über sein Programm „Bildungsketten bis zum Ausbildungsabschluss“ bereits eine hohe Zahl von Potenzialanalysen und Berufseinstiegsbegleitern (Berebs), allerdings reichen die Mittel nach wie vor nicht für ein flächendeckendes Angebot. Bislang noch viel zu wenig im Blick sind zudem die Gymnasien, die im Bereich der Berufsorientierung und -vorbereitung noch erheblich aufholen müssen.

Bisher haben nur wenige Bundesländer ein Konzept zur Neugestaltung des ‚Übergangssystems‘ vorgelegt (z. B. Hamburg; vgl. Behörde für Schule und Berufsbildung Hamburg 2009, Schleswig-Holstein; vgl. Ministerium für Justiz, Arbeit und Europa des Landes Schleswig-Holstein 2009 und Nordrhein-Westfalen; vgl. Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales des Landes NRW 2012), obwohl

---

4 Wichtig ist in diesem Zusammenhang, dass die Angebote auf der Grundlage der selbst gesteckten Ziele bewertet werden und nicht im Nachhinein fremde Zielvorgaben als Bewertungsmaßstab herangezogen werden!

sich inzwischen 14 Bundesländer der Initiative der Bertelsmann Stiftung „Übergänge mit System“ angeschlossen haben. In den Ländern, in denen verstärkt diese Thematik aufgegriffen wird, bleibt interessanter Weise die Rolle der Schulsozialarbeit in diesem Themenfeld erstaunlich blass und unterbelichtet (vgl. die Konzepte von Hamburg und Schleswig-Holstein; im Konzept von NRW wird Schulsozialarbeit an verschiedenen wichtigen Stellen als Akteur genannt, aber ohne die Rolle der Schulsozialarbeit weiter zu explizieren)<sup>5</sup>. Ähnliches gilt für Veröffentlichungen und Stellungnahmen Dritter<sup>6</sup>.

Während die Themen Berufsorientierung, Berufswahl und Übergang von der Schule in den Beruf in vielen Konzepten der Schulsozialarbeit fast selbstverständlich als Aufgabenfeld genannt werden, wird die Schulsozialarbeit als wichtiger Akteur im Übergangsgeschehen kaum wahrgenommen. Dies lässt sich meiner Meinung nach in verschiedener Weise interpretieren:

- Entweder ist die Aufgabenstellung der Schulsozialarbeit für alle Beteiligten so klar und eindeutig, dass eine eigene Erwähnung und Erläuterung ihrer Rolle im Übergangssystem nicht notwendig erscheint;
- oder sie wird als Akteur nicht wahrgenommen, weil sie nur einen sehr geringen Umfang an Hilfen zur Verfügung stellt – was angesichts des massiven Anwachsens von Schulsozialarbeitsstellen im Rahmen des Bildungs- und Teilhabepakets seit 2011 eher unwahrscheinlich erscheint; allerdings könnte es durchaus sein, dass sie nach wie vor als „unsicherer“ Kooperationspartner wahrgenommen wird, da die Finanzierung über den Bund Ende 2013 endet;
- oder sie wird nicht weiter erwähnt, weil das Aufgabenprofil der Schulsozialarbeit nicht bekannt ist und ihre möglicherweise wichtige Unterstützungsleistung bei einem gelingenden Übergang nicht erkannt wird;
- oder die Schulsozialarbeit hat nach wie vor ein zu wenig ausgeprägtes Profil bzw. eine zu unprofessionelle Darstellung ihres Profils nach außen.

Meine Erfahrungen bei der Recherche von Good-Practise Projekten (s. Abschnitt „Kriterien für die Auswahl der Good-Practise Projekte“) lässt vermuten, dass letzteres keine unwesentliche Rolle spielt. Dieses Buch möchte neben dem Überblick den es den Schulsozialarbeiterinnen und Schulsozialarbeitern selber bietet, deshalb ebenfalls einen Beitrag dazu leisten, dass das Aufgabenprofil der Schulso-

---

5 Seit Februar 2013 gibt es eine Rahmenvereinbarung zur „Regionalen Kooperation zwischen Schule und Jugendhilfe für die Bildung und Betreuung von Kindern und Jugendlichen mit besonders herausforderndem Verhalten“, welche zumindest auch das Ziel formuliert „Verbleib der Lernenden im schulischen System“ und „Steigerung der schulischen Lern- und Leistungsbereitschaft“ (vgl. Freie und Hansestadt Hamburg 2013).

6 Eine seltene Ausnahme bildet hier die Veröffentlichung von Brülle et al. 2012.

zialarbeit am Übergang Schule – Beruf auch für die Kooperationspartner und die kommunal- und schulpolitischen Akteure, die nun die Reformen am Übergang gestalten sollen, verdeutlicht wird, damit ihre Rolle im Gesamtangebot ausreichend Berücksichtigung findet und daraus resultierend, dann hoffentlich die Rahmenbedingungen für die Schulsozialarbeit verbessert werden. Schulsozialarbeit kann nur dann nachweislich erfolgreich agieren, wenn sie systematisch in dieses Aufgabenfeld einbezogen und langfristig in den Schulen verankert ist.

---

## **Der Aufbau des Buches**

Ursprünglich sollte das Buch aus zwei Teilen bestehen: Der erste Teil sollte die Beiträge von Autorinnen und Autoren versammeln, die sich in grundlegender Weise zu den neuen Herausforderungen im Übergang Schule – Beruf vor dem Hintergrund theoretischer und fachlicher Expertise äußern. Der zweite Teil sollte Beiträge versammeln, die Good-Practice Beispiele vorstellen. Dieses Konzept ging am Ende nicht auf, zum einen weil viele Autorinnen und Autoren aus dem „theoretischen Teil“ ihre Ausführungen mit Bezug auf Schulsozialarbeitsprojekten erläutern und konkretisieren und diese Beiträge also zum Teil bereits ihrerseits auf Good-Practice verweisen. Zum anderen weil weniger Autorinnen und Autoren für die Beschreibung von Good-Practice Beispielen gewonnen werden konnten als ursprünglich geplant (s. Erläuterungen im nächsten Abschnitt). Die Reihenfolge der Beiträge orientiert sich nun an dem Grundsatz, vom Allgemeinen zum Besonderen, d. h. umso konkreter ein Beitrag auf ein Projekt eingeht, desto später wird er im Buch präsentiert. Aber wie bei allen Sammelbänden lassen sich alle Beiträge ganz unabhängig voneinander lesen und es ist daher der Leserin bzw. dem Leser überlassen, welche Beiträge ihn oder sie zu welchem Zeitpunkt am stärksten interessieren.

---

## **Die Kriterien für die Auswahl der Good-Practice Projekte**

Mit Absicht bezeichne ich die hier ausgewählten und vorgestellten Projekte als „Good Practice“, denn die Bezeichnung „Best Practice“ suggeriert, dass man an dem vorliegenden Konzept und an der umgesetzten Hilfe nichts mehr verbessern könnte, was ich angesichts immer neuer Herausforderungen für sehr unwahrscheinlich halte. Zumal die Konzepte in der Regel für eine sehr spezifische Zielgruppe unter sehr spezifischen Rahmenbedingungen entwickelt wurden und auch umgesetzt werden. Wenn diese als Vorlage oder Ausgangspunkt für ein Projekt an einem anderen Standort genommen werden, müssen mit Sicherheit Anpassungen

aufgrund der unterschiedlichen Kontexte erfolgen und gegebenenfalls auch Optimierungen vor dem Hintergrund bereits bestehender Angebote, Kooperationspartner etc.

Die Kriterien für die Bewertung eines vorliegenden Konzepts habe ich aus den fachlichen und theoretischen Überlegungen generiert, wie sie im Buch „Soziale Arbeit an Schulen. Einführung in das Handlungsfeld Schulsozialarbeit.“ (Spies & Pötter 2011) ausführlich dargestellt worden sind:

**Kriterium 1:** Es muss ein schriftliches Konzept vorliegen.

**Kriterium 2:** Es müssen Kooperationsverträge mit den kooperierenden Schulen vorliegen.

**Kriterium 3:** Es findet eine Kooperation zwischen den Vertreterinnen und Vertretern der Schule und der Jugendhilfe statt, die über einen Informationsaustausch und eine Aufgabenteilung hinausgeht. Dies heißt, dass eine gemeinsame und gegenseitige Beratung zwischen den sozialpädagogischen und schulpädagogischen Fachkräften stattfindet. Idealerweise werden Projekte auch gemeinsam geplant und umgesetzt.

**Kriterium 4:** Es werden klare und überprüfbare Zielsetzungen formuliert.

**Kriterium 5:** Es gibt ein Partizipationskonzept, das heißt Schülerinnen und Schüler werden an den Prozessen beteiligt, Bedarfe werden erhoben und das Angebot der Schulsozialarbeit daran ausgerichtet.

**Kriterium 6:** Es gibt eine aktive Vernetzungsarbeit von Seiten der Schulsozialarbeit.

Um entsprechende Projekte zu finden habe ich zum einen eine ausführliche Recherche im Internet gemacht<sup>7</sup>; zum anderen habe ich über den Kooperationsverbund Schulsozialarbeit<sup>8</sup> eine Anfrage an die zuständigen Bundesreferenten von Trägern der Jugendsozialarbeit gestartet. Und außerdem habe ich Fachexperten aus dem Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB) und von mehreren Hochschulen angesprochen und nach bekannten Schulsozialarbeitsprojekten am Über-

---

7 Bei dieser Recherche hat mich Silke Schreiber-Schulz im Rahmen ihres Berufspraktikums dankenswerterweise unterstützt.

8 Der Kooperationsverbund Schulsozialarbeit wurde im Jahr 2001 zum Zweck des fachlichen Austauschs von Wissenschaft, Praxis und Trägern gegründet. Ihm gehören zurzeit Expertinnen und Experten aus folgenden Verbänden an: Arbeiterwohlfahrt Bundesverband, Bundesarbeitsgemeinschaft Evangelische Jugendsozialarbeit (BAG EJSa), GEW Hauptvorstand, Internationaler Bund (IB), IN VIA Katholischer Verband für Mädchen- und Frauensozialarbeit Deutschland e. V. und der Paritätische Wohlfahrtsverband, sowie weitere Expertinnen und Experten aus Wissenschaft und Praxis.

gang Schule – Beruf gefragt, die aus ihrer Sicht als „Good-Practice“ Beispiele gelten können<sup>9</sup>.

Ähnlich wie andere Kolleginnen und Kollegen vor mir, die ihre Recherchen im Feld der Schulsozialarbeit nicht nur in einer Region durchführen (vgl. z. B. die Ausführungen von Iser et al. 2013 bzgl. der Probleme einer statistische Erfassung des Handlungsfelds), bin auch ich mit der Problematik konfrontiert worden, dass die Schulsozialarbeit eben nicht überall Schulsozialarbeit heißt, sondern eben auch Jugendsozialarbeit an Schule, Schuljugendarbeit, schulbezogene Jugendhilfe etc. (vgl. auch Spies & Pötter 2001, 14), was eine systematische Recherche von Projekten im Handlungsfeld erschwert. Projekte, die auf die Gruppe der schulmüden, schulaversiven oder schulverweigernden Kinder und Jugendlichen zielen, scheinen sich zudem selbst selten im Handlungsfeld der Schulsozialarbeit zu verorten, obwohl sie nicht selten am Ort Schule stattfinden, eng mit der Schule kooperieren und meistens auch das Ziel verfolgen, die Kinder und Jugendlichen zu einer Rückkehr bzw. zu einem Verbleib an der Schule zu motivieren. Darüber hinaus waren Schulsozialarbeitsprojekte in Programmen „versteckt“, die selbst nicht mit dem Begriff der Schulsozialarbeit operieren (z. B. EIBE oder JobFüxe), so dass in den Selbstdarstellungen der Projekte dieses Stichwort ebenfalls nicht auftauchte.

Die Recherche im Internet führte vor allem zu Schulsozialarbeitsangeboten, die sich selbst als „all-rounder“ präsentierten, d. h. sie decken nach ihrem im Internet präsentierten Selbstverständnis her zu urteilen, eine sehr breite Themenpalette ab – u. a. auch Berufsorientierung, Berufswahlvorbereitung oder Begleitung des Übergangs von der Schule in den Beruf –, aber ohne dass sie hier einen besonderen Schwerpunkt setzen, was sich unter anderem darin ausdrückt, dass weder dieses Themenfeld noch die in diesem Themenfeld verwendeten Konzepte, Instrumente, Methoden etc. weiter ausgeführt oder erläutert werden.

Bedauerlicher Weise galt letzteres aber auch für Projekte, die explizit einen Schwerpunkt im Themenfeld „Übergang Schule – Beruf“ setzen. Projekte, die im Rahmen größerer Programme finanziert wurden (s. o.) verwiesen in der Regel auf die allgemeinen Ausführungen auf den Internetseiten der Landesregierungen. Kleinere Einzelprojekte, die in Fachkreisen als vorbildliche Projekte gehandelt wurden, schickten statt eines Konzeptes einen zweiseitigen Flyer, in dem sie stichwortartig ihr Angebot für die Schülerinnen und Schüler beschrieben. Auch

---

9 Trotz meiner Bemühungen die Recherche umfänglich zu gestalten, kann man diese nicht als systematische oder repräsentative Recherche bezeichnen, wie man sie wohl im Rahmen eines Forschungsprojekts o. ä. erwarten könnte. Hierfür fehlten leider die finanziellen und zeitlichen Ressourcen.

die meisten Internetdarstellungen gingen über sehr allgemeine Beschreibungen der Zielgruppe, der Aufgaben und einer Vorstellung der Ansprechpartner nicht hinaus.

Es zeigte sich, dass das Vorhandensein eines schriftlichen Konzeptes ein Kriterium war, welches bereits viele Projekte ausschloss.

Eine weitere Hürde musste nach der Auswahl in Frage kommender Projekte genommen werden: ein Ansprechpartner aus den Projekten musste gefunden werden, der sich die Zeit nahm, aus dem vorliegenden Konzept einen Beitrag für den Sammelband zu schreiben. Auch dies reduzierte die Zahl der Projekte weiter.

Angesichts der dargestellten Schwierigkeiten bin ich froh, dass es dennoch gelungen ist, einige Good-Practice Projekte zu identifizieren und Autorinnen und Autoren für deren Darstellung zu gewinnen. Gleichzeitig führt dies auch dazu, dass einige Projekte vorgestellt werden, die bereits eine sehr hohe Präsenz in der Fachöffentlichkeit haben, wie z. B. die Schulsozialarbeit in Wiesbaden (vgl. Brülle & Goldmann in diesem Buch) oder die Jugendsozialarbeit an Schulen in Berlin (vgl. Pudelko in diesem Buch).

Das aus Sicht der Sozialen Arbeit unbefriedigende Ergebnis der Recherchen schmälert die Anerkennung für die meist sehr engagierten Kolleginnen und Kollegen vor Ort nicht, zeigt aber, dass von Seiten der Fachverbände deutlich mehr Ressourcen notwendig sind, um die Fachkräfte in den Einrichtungen bei der Entwicklung und Erstellung schriftlich ausgearbeiteter Konzepte zu unterstützen. Dies wäre auch ein qualitativer Sprung für die Arbeit vor Ort und würde die Schulsozialarbeiterinnen und Schulsozialarbeiter in vielerlei Hinsicht entlasten: Aufgabenstellungen würden klarer, die Darstellung nach Außen wäre einfacher, die Einwerbung von Drittmitteln weniger zeitaufwendig, die Handlungssicherheit der Fachkräfte würde sich erhöhen etc. Allerdings müsste zu Beginn Zeit investiert werden; Zeit, die sich heutzutage angesichts immer kürzer werdender Projektzeiträume und immer stärker verdichteter Arbeit kaum noch jemand nimmt. Auch deshalb sehe ich hier die Träger und Dachverbände in der Pflicht sich dieser wichtigen Aufgabe zuzuwenden und die Projekte vor Ort zu unterstützen.

Darüber hinaus sind auch die wissenschaftlichen Fachvertreter und -vertreterinnen gefordert, für das Feld der Schulsozialarbeit theoretisch fundierte Orientierungshilfen zu bieten. Dem derzeitige Aufschwung der Schulsozialarbeit durch die politischen Schwerpunktsetzungen könnte ein jähes Ende folgen, wenn die Schulsozialarbeit sich nicht stärker professionalisiert. Dies kann sie nur im Zusammenspiel von Fachverbänden, Hochschulen und Schulsozialarbeitsprojekten.

## Geschlechtersensible Sprache

Wie bereits im Lehrbuch Spies/Pötter 2011 werden in diesem Sammelband grundsätzlich beide Geschlechtervarianten ausgeschrieben, außer der Lesefluss würde dadurch zu stark gehemmt. In letzteren Fällen wird die männliche Form stellvertretend für beide Geschlechter verwendet.

---

## Literatur

- Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe (AGJ) (Hrsg.) (2009): *Übergänge in Ausbildung und Arbeit – Positionspapier der Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe – AGJ*. In: AGJ (Hrsg.) (2012): *Zukunft Jugend – Jugendpolitische Positionen, Beiträge und Stellungnahmen der Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe – AGJ*. Berlin: Eigenverlag, S. 63–69.
- Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe (AGJ) (Hrsg.) (2010): *Chancen für junge Menschen beim Übergang von der Schule zu Beruf verbessern – Schnittstellenproblematik zwischen SGB II, III und VIII beheben!* In: AGJ (Hrsg.) (2012): *Zukunft Jugend – Jugendpolitische Positionen, Beiträge und Stellungnahmen der Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe – AGJ*. Berlin: Eigenverlag, S. 57–61.
- Behörde für Schule und Berufsbildung Hamburg (Hrsg.) (2009): *Rahmenkonzept für die Reform des Übergangssystems Schule – Beruf*. In: Sturm, Hartmut, Schulze, Hartmut, Schipull-Gehring, Frauke, Klüssendorf, Andrea & Zagel, Sibylle (Hrsg.) (2011): *Übergangssystem Schule – Beruf in Hamburg. Entstehung und Herausforderungen*. Hamburg: Eigenverlag, S. 307–317.
- Bertelsmann Stiftung (Hrsg.) (2008): *Leitfaden lokales Übergangsmanagement. Von der Problemdiagnose zur praktischen Umsetzung*. Im Auftrag der Bertelsmann Stiftung erstellt vom Deutschen Jugendinstitut. Gütersloh: Verlag Bertelsmann Stiftung.
- Bundesinstitut für Berufsbildung & Bertelsmann Stiftung (2011): *Reform des Übergangs von der Schule in die Berufsausbildung*. Aktuelle Vorschläge im Urteil von Berufsbildungsexperten und Jugendlichen. Wissenschaftliche Diskussionspapiere. Unter: [www.bibb.de](http://www.bibb.de) (letzter Zugriff: 20.12.2012).
- Bundesinstitut für Berufsbildung (Hrsg.) (2011): *Empfehlung des Hauptausschusses des Bundesinstituts für Berufsbildung. Leitlinien zur Verbesserung des Übergangs Schule – Beruf*. Unter: [http://www.bibb.de/dokumente/pdf/Empfehlung\\_BIBB-HA\\_Leitlinien\\_zur\\_Verbesserung\\_Uebergang\\_Schule\\_-\\_Beruf\\_2011\\_06\\_20.pdf](http://www.bibb.de/dokumente/pdf/Empfehlung_BIBB-HA_Leitlinien_zur_Verbesserung_Uebergang_Schule_-_Beruf_2011_06_20.pdf) (letzter Zugriff: 16.07.2013).
- Bundesministerium für Arbeit und Soziales (2011): *Ressort AG Übergang Schule – Beruf*. Unter: [www.bmas.de/DE/Themen/Aus-und-Weiterbildung/Ausbildungsfoerderung/bericht-abstimmung-foerderprogramme.html](http://www.bmas.de/DE/Themen/Aus-und-Weiterbildung/Ausbildungsfoerderung/bericht-abstimmung-foerderprogramme.html) (letzter Zugriff: 16.07.2013).

- Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) (2010): Abschluss und Anschluss – Bildungsketten bis zum Ausbildungsabschluss. Initiative des BMBF. Unter: [www.bmbf.de/de/14737.php?hilite=Bildungsketten](http://www.bmbf.de/de/14737.php?hilite=Bildungsketten) (letzter Zugriff: 26. 3. 2013).
- Deutscher Gewerkschaftsbund (2010): Weniger ist Mehr – Jugendliche im Übergang zwischen Schule und Beruf. Positionspapier. Unter: [www.dgb.de/themen/+co++182309a8-6026-11e0-4408-00188b4dc422](http://www.dgb.de/themen/+co++182309a8-6026-11e0-4408-00188b4dc422) (letzter Zugriff: 26. 3. 2013).
- Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge (2007): *Diskussionspapier des Deutschen Vereins zum Aufbau Kommunalen Bildungslandschaften*. Unter: [www.deutscher-verein.de](http://www.deutscher-verein.de) (letzter Zugriff: 18. 9. 2012).
- Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge (2009): *Empfehlungen des Deutschen Vereins zur Weiterentwicklung Kommunalen Bildungslandschaften*. Unter: [www.deutscher-verein.de](http://www.deutscher-verein.de) (letzter Zugriff: 18. 9. 2012).
- Freie und Hansestadt Hamburg BSB/BASF/Bezirksämter (2013): Rahmenvereinbarung „Regionale Kooperationen zwischen Schule und Jugendhilfe für die Bildung und Betreuung von Kindern und Jugendlichen mit besonders herausforderndem Verhalten“.
- Iser, Angelika, Kastirke, Nicole & Lipsmeier, Gero (Hrsg.) (2013): *Schulsozialarbeit steuern. Vorschläge für eine Statistik zur Sozialen Arbeit an Schulen*. Band 4 der Reihe: Beiträge zur Sozialen Arbeit an Schulen. Wiesbaden: Springer VS Verlag.
- Kretschmer, Susanne & Amann, Ulrike (2009): *Gutachten zur Systematisierung der Fördersysteme, -instrumente und -maßnahmen in der beruflichen Benachteiligtenförderung*. Bundesministerium für Bildung und Forschung (Hrsg.), Band 3 der Reihe Berufsbildungsforschung. Bonn: Eigenverlag.
- Ministerium für Justiz, Arbeit und Europa des Landes Schleswig-Holstein (Hrsg.) (2009): *Handlungskonzept Schule & Arbeitswelt. Präventive und flankierende arbeitsmarkt- und bildungspolitische Maßnahmen gegen Jugendarbeitslosigkeit und zur Verbesserung der Ausbildungsreife und Beschäftigungsfähigkeit von Jugendlichen im Förderzeitraum 2009 bis 2011*. Kiel: Eigenverlag.
- Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales des Landes NRW (Hrsg.) (2012): *Neues Übergangssystem Schule – Beruf in NRW. Zusammenstellung der Instrumente und Angebote* (Arbeitspapier/Stand: November 2012). Unter: [www.arbeit.nrw.de/pdf/ausbildung/uebergangssystem\\_gesamtkonzept\\_instrumente.pdf](http://www.arbeit.nrw.de/pdf/ausbildung/uebergangssystem_gesamtkonzept_instrumente.pdf) (letzter Zugriff: 20. 3. 2013).
- Pötter, Nicole (2004): *Bedeutungen von Erwerbsarbeit für sozial benachteiligte Jugendliche*. Dissertationsschrift: Universität Bielefeld, Fakultät für Soziologie.
- Spies, Anke & Pötter, Nicole (2011). *Soziale Arbeit an Schulen. Einführung in das Handlungsfeld Schulsozialarbeit*. Wiesbaden: VS Verlag.
- Weinheimer Initiative (2007): *Lokale Verantwortung für Bildung und Ausbildung. Eine öffentliche Erklärung*. Unter: [www.weinheimer-initiative.de](http://www.weinheimer-initiative.de) (letzter Zugriff: 10. 3. 2013).
- Weinheimer Initiative (2011): *Das Land als Partner für die kommunale Koordinierung des Übergangs Schule – Arbeitswelt. Positionierung 2010 und Notizen aus den Fachgesprächen 2011*. Unter: [www.weinheimer-initiative.de](http://www.weinheimer-initiative.de) (letzter Zugriff: 10. 3. 2013).

---

# Aufgaben der Schulsozialarbeit am Übergang von der Schule in den Beruf

# 2

Nicole Pötter

Das Aufgabenspektrum am Übergang von der Schule in den Beruf ist breit gefächert, denn die „Ausbildungsreife“ der Jugendlichen beginnt mit so grundlegenden Fähigkeiten, wie Rechnen und Lesen und erstreckt sich bis hin zu den vielfältigen psychosozialen Kompetenzen, wie z. B. Teamfähigkeit, Kommunikationskompetenz und Zuverlässigkeit (Schober 2007, 21). Darüber hinaus gilt es, die Jugendlichen über die unterschiedlichen Berufsfelder und Berufsbilder zu informieren und mit ihnen die Entscheidungsfindung zu gestalten und Entscheidungsfähigkeit zu entwickeln. Die Selbst- und die Fremdwahrnehmungen der Jugendlichen müssen aufeinander bezogen und die regionalen Betriebe für eine unterstützende beziehungsweise unterstützte Zusammenarbeit gewonnen werden. Alternativen zur beruflichen Ausbildung wie Maßnahmen nach dem SGB II, III, VIII oder XII müssen in ihrem Potential für bestimmte Schülerinnen und Schüler eingeschätzt – gegebenenfalls auch angepasst oder verändert – und, nicht zu Letzt, Eltern zur Mitarbeit motiviert werden. Angesichts dieses breiten Aufgabenspektrums ist es nicht verwunderlich, dass von je her eine ganze Reihe von Professionen am Übergang Schule – Beruf aktiv sind (u. a. Lehrer, Berufsberater, Sozialarbeiter der Jugendsozialarbeit und der Jugendberufshilfe), und in den letzten Jahren hat die Zahl der Akteure in diesem Aufgabenfeld noch deutlich zugenommen (inzwischen gibt es z. B. auch noch Jugendberufshelfer, Jobfüxe, Berufseinstiegsbegleiter, Job-Coaches, Jugendberufslotsen). Man könnte die Frage stellen, ob angesichts der vielen unterschiedlichen Berufsbilder heute noch Platz für die Schulsozialarbeiterinnen und -arbeiter in diesem Handlungsfeld ist.

Die klare und einfache Antwort auf diese Frage lautet „ja“, denn die Schulsozialarbeiterinnen und -arbeiter können, dürfen und sollen sich dem Übergang von der Schule in den Beruf auf eine ganzheitliche und an den Lebenswelten der Jugendlichen orientierten Art und Weise nähern, die anderen Akteuren im Arbeitsfeld nicht in gleicher Weise möglich ist. Dies gilt auch für andere sozialpäd-